

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

**Sachstandsbericht über die Umsetzung der
Vereinbarung zur Verminderung von
Gaststättenlärm in der Altstadt**

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Bezirksbeirat Altstadt	17.05.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Umweltausschuss	14.06.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	06.07.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Bezirksbeirat Altstadt, der Umweltausschuss und der Gemeinderat nehmen den Sachstandsbericht über die Umsetzung der Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm zur Kenntnis.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
UM 1	+	Umweltsituation verbessern
UM 2	+	Dauerhafter Schutz vor Lärmimmissionen
UM 4	+	Immissionsschutz vorantreiben Begründung: Oftmals sehr starke Lärmbelästigungen durch Gaststätten gaben in der Vergangenheit immer wieder Anlass zu Beschwerden. Mit Hilfe der „Bürger für Heidelberg“ konnte die „Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm in der Altstadt“ unterzeichnet und eine Verbesserung der Lärmsituation erreicht werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterung zu Zielkonflikten:

Bezüglich der Lärmproblematik in der Altstadt wurde mit der „Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm in der Altstadt“ ein tragfähiger Kompromiss zwischen den widerstreitenden Interessen der Altstadtbewohner und der Gaststättenbetreiber in der Altstadt gefunden.

Begründung:

1. Ausgangssituation:

Ausgelöst durch die Diskussionen über die Auswirkungen der Sperrzeitverkürzung für Gaststätten in der Altstadt hat Frau Oberbürgermeisterin im Jahr 2002 unter Federführung des Amtes für Umweltschutz, Energie und Gesundheitsförderung mit Vertreter/innen des Vereins „Bürger für Heidelberg“ und des Amtes für öffentliche Ordnung sowie der Polizei eine Arbeitsgruppe „Lärm in der Altstadt“ gebildet mit dem Ziel, möglichst einvernehmlich Lärminderungsmaßnahmen für die Altstadt zu entwickeln.

Nach neun Sitzungen der Arbeitsgruppe „Lärm in der Altstadt“, bei denen die hauptsächlichen Lärmquellen in der Altstadt bearbeitet wurden (Gaststätten, Verkehr, etc.), mündeten die Ergebnisse dieses Runden Tisches in eine „Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm in der Altstadt“, welche am 08.07.2003 von der Stadt Heidelberg, vertreten durch die Oberbürgermeisterin, dem Vorstand des Vereins „Bürger für Heidelberg“, Vertretern des Polizeireviers Heidelberg-Mitte und von acht Betreibern von Gaststätten in der Heidelberger Altstadt unterzeichnet wurde.

Aufgrund der außerordentlich positiven Erfahrungen - trotz des heißen Sommers 2003 - haben sich am 18.05.2004 weitere 10 Gaststättenbetreiber aus der Altstadt der Vereinbarung angeschlossen.

Diese Ergebnisse wurden am 24.11.2004 im Bezirksbeirat Altstadt und am 30.11.2004 im Umweltausschuss vorgestellt. Der Bezirksbeirat und der Umweltausschuss haben in diesen Sitzungen zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Arbeitsgruppe unter Federführung des Umweltamtes ihre Tätigkeit beendet und dass die noch nicht abschließend bearbeiteten Punkte (Gaststättenfolgelärm, Verkehrslärm, Lärm durch Studentenverbindungen) von den jeweils zuständigen Fachämtern weiter verfolgt werden. Dies hat Frau Oberbürgermeisterin Weber im Schreiben vom 22.12.2004 dem Verein „Bürger für Heidelberg“ auch so mitgeteilt.

Bezüglich der Gaststätten hat der Umweltausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen, dass mit der Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm in der Altstadt ein wirksames Mittel geschaffen wurde, schnell und unbürokratisch die hauptsächlichen Lärmquellen in der Altstadt deutlich abzumildern. Es wurde deshalb vereinbart, dass die Umsetzung der Vereinbarung vordringlichstes Ziel bleibt und dies gemeinsam vom Amt für öffentliche Ordnung und Umweltamt weiter bearbeitet wird.

Mit Schreiben vom 01.03.2006 hat die SPD-Fraktion nun beantragt, den Tagesordnungspunkt „Umsetzung der Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm in der Altstadt“ in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates aufzunehmen. Diesen Antrag nimmt die Verwaltung zum Anlass über die Umsetzung der getroffenen Vereinbarung zu berichten.

2. Jetzige Situation

Im Jahr 2005 hat sich die Situation bezüglich der Gaststätten in der Altstadt folgendermaßen dargestellt:

Die Bearbeitung von Lärmbeschwerden aus Gaststätten erfolgte in den originären Zuständigkeiten, nämlich beim Amt für öffentliche Ordnung als Erlaubnisbehörde für Gaststätten und beim Umweltamt als Fachbehörde für Immissionsschutz.

Die große Mehrzahl der unterzeichnenden Gaststätten hat die Prämissen der Vereinbarung eingehalten. Die Anzahl der Beschwerden über Lärmbelästigungen durch Gaststätten aus der Altstadt ist in der Tendenz rückläufig. Die Gespräche mit den Anwohnerinnen und Anwohnern der Gaststätten, die Partner der Vereinbarung sind, zeigen, dass sich die Situation insgesamt verbessert hat und die Vereinbarung ein Erfolg ist. Wichtig ist dabei vor allem, dass die Anwohnerinnen und Anwohner die Möglichkeit haben, sich direkt an die Gaststätte zu wenden, wenn Lärmprobleme entstehen.

Viele andere Städte haben für diese Vorgehensweise großes Interesse gezeigt.

Bei einzelnen „betroffenen Gaststätten“, welche die Vereinbarung zwar unterschrieben hatten, bei denen es aber dennoch Beschwerden gab, wurde zunächst versucht, sie durch Gespräche von der Einhaltung der in der Vereinbarung getroffenen Regelungen zu überzeugen. Bei weiteren Lärmbeschwerden durch Anwohner gab es Ermittlungen durch die Polizei oder fachtechnische Überprüfungen durch das Umweltamt. Auch bei Gaststätten, welche die Vereinbarung nicht unterzeichnet haben und die durch Lärmbelästigungen auffielen, wurde in dieser Weise verfahren.

Seit Eingliederung der Gewerbeaufsicht im Jahr 2005 in das Umweltamt wurden regelmäßig nächtliche Messungen speziell in Gaststätten durchgeführt. Bei allen Überschreitungen der zulässigen Lärmrichtwerte in Gaststätten erfolgten in enger Kooperation zwischen Anwohnern, dem Amt für öffentliche Ordnung, der Polizei und dem Umweltamt ordnungsrechtliche Maßnahmen. Allerdings ist der Weg ordnungsrechtlicher Maßnahmen aufgrund stringenter Verfahrensvorschriften oftmals langwieriger und schwieriger als der Weg einer einvernehmlichen Kooperation, wie ihn die Vereinbarung zur Verminderung von Gaststättenlärm ermöglicht.

Bei einem Gespräch am 27.06.2005 zwischen Umweltbürgermeister Dr. Würzner und Vertretern des Vereins „Bürger für Heidelberg“ und in einem Schreiben vom November 2005 hat Herr Dr. Würzner außerdem angeboten, dass er und die zuständigen Fachämter jederzeit zu erneuten Gesprächen bereit sind und gerne die erforderlichen Vertreter von Polizei oder den Gaststätten dazu einladen würde. Der Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung hat im Februar 2006 mit den Vertretern der „Bürger für Heidelberg“ ein ausführliches Gespräch über die Situation in der Altstadt geführt.

3. Ausblick

Das Amt für öffentliche Ordnung und das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie sind generell im ständigen Austausch mit allen Betroffenen. Mit Gastronomen, Anwohnern, Interessenvertretern und Polizei werden ständig Gespräche geführt und die Situation einzelfallbezogen und allgemein analysiert. Alle erforderlichen Maßnahmen werden in wechselseitiger enger Abstimmung getroffen. Der Leiter des Amts für öffentliche Ordnung war in den letzten Monaten auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen zum Thema „Lärm in der Altstadt“, um die Situation zu erläutern und den Austausch mit den Betroffenen zu ermöglichen. Dieser ständige Austausch wird auch in Zukunft laufend fortgesetzt werden, weil er sich sehr bewährt und wesentlich zu einer Verbesserung der Situation beigetragen hat.

Derzeit stellt sich die Lärmsituation so dar, dass nur wenige Gaststättenbetriebe unmittelbare Lärmprobleme bereiten. Diese Betriebe werden vom Amt für öffentliche Ordnung mit Unterstützung des Umweltamts auf die Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen überprüft. Bei Nichtumsetzung dieser Maßnahmen werden Zwangsmittel angewandt. Bisher ist es in allen Einzelfällen gelungen, die Einhaltung der gesetzlichen Lärmwerte zu erreichen. Aus Sicht der Nachbarschaft ist allerdings unbefriedigend, dass die Verwaltungsverfahren wegen zahlreicher Formvorschriften längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Amt für öffentliche Ordnung geht davon aus, dass in jedem Einzelfall die Einhaltung der gesetzlichen Lärmwerte durchgesetzt wird, wie dies auch schon in der Vergangenheit der Fall war.

Hauptlärmquelle in der Altstadt sind nicht die Gaststättenbetriebe, sondern das Verhalten der Besucherinnen und Besucher. Häufig steht der Lärm in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit einer bestimmten Gaststätte. Daneben fallen Besucherinnen und Besucher zunehmend mit schlechtem Verhalten wie Urinieren in der Öffentlichkeit, Sachbeschädigungen, Belästigungen oder Körperverletzungen auf. Aus diesem Grund hat das Amt für öffentliche Ordnung gemeinsam mit der Polizeidirektion Heidelberg das Handlungskonzept „Gelbe Karte“ entwickelt, das der Öffentlichkeit von der Oberbürgermeisterin vorgestellt wurde. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die öffentliche Hand nur begrenzte Möglichkeiten hat, gesellschaftliche Defizite – vor allem in dem sozialen Verhalten –, die zu einem menschlichen Fehlverhalten in der Öffentlichkeit führen, zu korrigieren.

4. Fazit

Es ist festzustellen, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Verantwortlichen und Partnern zahlreiche Maßnahmen unternimmt, die Lärmsituation in der Altstadt nachhaltig zu verbessern. Dieser Prozess hält nach wie vor an und wird laufend fortgesetzt. Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen, dass sich die Situation in vielen Bereichen bereits deutlich verbessert hat und damit der richtige Weg eingeschlagen wurde. Es wird auch in Zukunft wichtig sein, sich über die Situation ständig auszutauschen und umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

gez.

Dr. W ü r z n e r